

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Verantwortlichen und die Verantwortlichen der Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprechnummer Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Verantwortlichen und die Verantwortlichen der Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprechnummer Nr. 23.

Telegramme: Kogelberg-Verlag

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 24

Freitag, den 29. Januar 1932

27. Jahrgang

Vorstoß in der Reichspräsidentenfrage für Hindenburg

Aufruf zur Reichspräsidentenwahl

München, 27. Januar. Ein größerer Kreis überparteilicher Persönlichkeiten aus verschiedenen Ständen und Kreisen des Landes Bayern erklärt nachstehenden Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg:

Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungsreichen internationalen Verhandlungen ist mitbedingt durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinen Unterhändler steht. Auf den Einfluß des gewaltigen Ansehens, das der Name Hindenburg im In- und Auslande genießt, dürfen wir nicht verzichten. Kein zweiter Deutscher besitzt in ähnlichem Maße das überparteiliche Vertrauen des deutschen Volkes, kein Zweiter verfügt so vollkommen für die Welt den Glauben an Deutschland. Wir sollen deshalb dem Schicksal für jede Stunde denken, die der Generalfeldmarschall sein hohes Amt noch weiterverleiht. Sein Ausscheiden würde schwere Parteikämpfe heraufbeschwören, deren Ausgang ungewiß ist, würde den Weg für Zufallsanwärter freimachen, die vermieden werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist. Vor hundert Jahren feierte Deutschland die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gedankens. Deutsche Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schild zu heben. Die Reichsverfassung steht die Volkswahl vor und damit die Rundgebung des Volkswillens jenseits der Parteimeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten. Das bayerische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mitbeeinflusst. Wir halten uns daher besorgt, den ersten Schritt zu tun. Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der wie kein Zweiter Deutschland verteidigt hat. Wir wollen den Herrn Reichspräsidenten bitten, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen. Unser Ruf ergreift an alle, ohne Unterschied des Alters, des Standes, des Geschlechts, des Bekenntnisses und der Partei.

München, den 27. Januar 1932.

Dr. J. A. H., Präsident des Reichsfinanzhofes i. R.

Es folgen mehrere weitere Unterschriften, unter ihnen Dr. K. Behr, Verlagsdirektor, Graf von Bothmer, Generaloberst a. D., Buchner, Ritter, Fritz Wagner, Hauptkassierer, Reichsheer von Tramer-Klett, Kreisbesitzer, Dr. J. Dorn, Präsident des Reichsfinanzhofes, Elischer, Hofrat, Dr. Fehr-Weihenstephan, Minister a. D., Cajetan-Freund, Schriftleiter, Fickler, Fugger Cloett, H. Freiherr von Gebhart-Wamberg, General a. D., Dr. R. Goebel, Präsident der Akademie der Wissenschaften, Dr. Max Haibe, Schriftsteller, Dr. Georg Helm-Rogensburg, Hipp-Regensburg, Oberbürgermeister, Dr. H. Kuefner, 2. Bürgermeister, W. Leopold, Verlagsdirektor, H. v. Seiber, Dr. R. Schornagel, Oberbürgermeister, Adolf Schleit, Chefredakteur, Ferdinand Schmidt-Schneider, Verleger, Dr. A. Wilmshart, Universitätsprofessor.

Auch in Berlin regt man sich

Bemerkungen Dr. Schims um Bildung eines überparteilichen Hindenburg-Ausschusses

Berlin, 27. Jan. Der Oberbürgermeister von Berlin ist seit mehreren Tagen um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses führender Persönlichkeiten aus allen Kreisen des deutschen Volkes bemüht, der die Wiederwahl des gegenwärtigen Reichspräsidenten von Hindenburg in die Wege leiten soll. Es ist dabei an Männer und Frauen gedacht, die in maßgebender Stellung mit großen Bevölkerungskreisen in enger Fühlung stehen. Dr. Schims wird die Einladungen an die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten in kürzester Frist hinausgehen lassen, so daß der Hindenburg-Ausschuß schon Anfang nächster Woche mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten dürfte.

Der bürgerliche Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs

München, 27. Januar. Wie sich aus den Unterschriften des heute von hier aus veröffentlichten Aufrufs zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg ergibt, handelt es sich um eine von nicht parteimäßig angeordneten Persönlichkeiten eingeleitete Aktion. Schon die ersten sind in der Hauptsache nicht als Parteimänner zu werten, sondern genieren weit über den Rahmen der Parteien hinaus, denen die eine oder andere Persönlichkeit angehört, höchsten Ansehen. Man kann also wohl feststellen, daß sich hier ein Gremium zusammengefunden hat, dem die Sorge um Deutschlands Schicksal über Parteigrenzen geht, wenn auch Kreise der bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Nationalen Reichspartei in der Liste vertreten sind. Bemerkenswert ist, daß sich unter den Unterschrifteten auch Persönlichkeiten befinden, die zur heutigen Reichsregierung in Opposition haben, so etwa die führenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei in Bayern, Abgeordneter Dr. Dietrich und die Bundtagsabgeordnete der gleichen Partei Frau Gertraud Wolf, sowie, wenn wir nicht unversichert sind, auch einzelne Sozialisten.

aus dem bayerischen Staatsapparat. — Von namhaften Organisations- und Verbänden haben sich, wenn auch zunächst nicht korporativ, so doch durch die Namen ihrer Führer oder maßgebender Persönlichkeiten vertreten, der Bayerische Christliche Bauernverein mit Geheimrat Dr. Helm, der Bayerische Heimatbund durch Oberforstwart Dr. Elischer, der Bayerische Beamtenbund durch Regierungsdirektor Symann und die Deutsch-Oesterreichische Arbeitsgemeinschaft durch Freiherrn von Branca. Mit Dr. Ritter v. Haß und dem Senatspräsidenten i. R. Dr. Müller-Meinungen reden die Namen zweier prominenter Führer bayerischer Sport- und Turnerverbände auf der ersten Seite der Aktion. Im übrigen kann man sagen, daß neben der aristokratischen Kreise von Industrielle, Handel und Handwerk, weite Schichten der Landwirtschaft, der Ränkerei, der Kunst und des Schrifttums, der Geisteswelt und der Wissenschaft, Justiz und Kommunalwirtschaft ihre namhaften Namen gegeben haben.

Empfang Brünnings und Groeners beim Reichspräsidenten

Berlin, 27. Jan. Der Reichspräsident empfing heute nachmittag den Reichsminister und den Reichsminister

Groener zum Vortrag über die schwebenden außenpolitischen Fragen.

Falsche Rüdtrittsgerüchte

Berlin, 27. Januar. Im Zusammenhang mit dem Empfang von Groener und Brüning durch den Reichspräsidenten sind in Berliner politischen Kreisen bereits Gerüchte aufgetaucht, die von einem bevorstehenden Rücktritt des Reichsministers und keine Ersetzung durch Reichsminister Groener wissen wollten. Wie können feststellen, daß alle derartigen Ausstellungen falsch sind. Von einem Rücktritt des Reichsministers kann gar keine Rede sein, er liegt auch keine derartigen Absichten. Die amtliche Mitteilung über seinen Besuch beim Reichspräsidenten betont ausdrücklich, daß der Vortrag sich auf außenpolitische Dinge bezog. Das liegt ja auch um so näher, als die Reparations- und die Abrüstungsfrage besonders akute Probleme sind. Ueber die Abrüstungsfrage berät sich der Reichswehrminister dem Reichspräsidenten berichtigt haben. Dabei wäre es natürlich denkbar, daß in der Unterhaltung zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten auch die Frage der Präsidentenwahl gestreift worden ist. Es muß aber betont werden, daß diese Frage eigentlich gar nicht mehr ein solches der Reichsregierung ist, daß ihre Vorbereitung jetzt vielmehr in den Händen des privaten Ausschusses liegt, der in aller Eile arbeitet. Es wird versichert, daß seine Bemühungen gut vorwärts kommen. Schon aus diesen Zusammenhängen ergibt sich, daß die Gerüchte über einen Rücktritt des Reichsministers der Grundlage entbehren.

Gröners Leitgedanken für Genf

Der Kampf zwischen Nachtgedanken und Rechtsgedanken

Berlin, 28. Januar. Reichswehrminister Groener veröffentlicht in den „Blättern der Staatspartei“ einen programmatischen Aufsatz über die Abrüstungskonferenz, in dem er die Weimarer Verfassung, Versailles und die kommende Genfer Konferenz einander gegenüberstellt und als die deutsche These für Genf „Gleiche Freiheit, gleiches Recht und gleiche Sicherheit für alle Völker“ bezeichnet. Der Minister fährt dann weiter aus: Durch nichts konnte der Rechtsgedanke von Weimar schwerer getroffen werden, als daß man ihm die ursprüngliche Form der Machtanwendung, das Vorkriegsrecht, zwar äußerlich zubilligte, ihm aber die Mittel dazu vorenthielt. Auch nichts wurde die Freiheit mehr beeinträchtigt als durch die wehrpolitischen Fesseln von Versailles. Vom Rapp-Butsch über den Herbst 1928 bis zum Leipziger Prozeß von 1930 führt eine Linie, deren Ausgangspunkt in der wehrpolitischen Entrechtung Deutschlands durch Versailles liegt. Diese Entrechtung läßt jene Ereignisse nicht entschuldigen, wohl aber begreifen. Ein Mittel hätte es gegeben, diesen Gang der Dinge aufzuhalten: Die Einigung des Abrüstungsvertrages der Siegermächte.

Denn eine allgemeine Abrüstung im gleichen Umfang und nach den gleichen Methoden, wie sie Deutschland auferlegt werden, hätte die wehrpolitische Diskriminierung des deutschen Volkes aufgehoben. In Genf wird noch einmal der Kampf zwischen dem Rechtsgedanken und dem Nachtgedanken entbrennen. Aber die Bedingungen der Auseinandersetzung werden andere sein als vor 13 Jahren. Im Gegensatz zu damals wird in Genf entweder ein freiwilliger Vertrag zustandekommen oder es wird überhaupt kein Vertrag geschlossen werden. Für Illusionen ist nach dem letzten Jahrzehnt kein Raum mehr. Genf wird nicht nur über das Maß der Abrüstungen jedes Staates entscheiden, es entscheidet auch über Versailles, und in tieferem Sinn über Weimar. Es entscheidet über die Lebensfähigkeit des Völkerbundes und die Zukunft der abendländischen Kulturwelt, deren Wiederaufbau im Osten durchaus gewillt ist, das Erbe einer überlebten Ordnung des menschlichen Daseins anzutreten. Darin liegt die nationale Aufgabe und die weltgeschichtliche Bedeutung der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes.

Französische „Rechnung“

Unvergleichbare Zahlen — Die „besonders bevorzugte Lage“ der Reichsbahn

Paris, 27. Jan. In einer Havasmeldung aus London unterliegt das halbamtliche französische Nachrichtenbüro die angeblichen Ausdrückungen einer eingehenden Betrachtung, die eine vollständige Erreichung der Tribute auf die Reichsbahn haben würde. Der Darnelplan, so heißt es, habe der Reichsbahn einen jährlichen Anteil an den Reparationszahlungen in Höhe von 660 Millionen Mark aufgelegt. Dieser Betrag sei auch im Proustplan aufrecht erhalten worden. Seine Aufhebung würde die Reichsbahn im Gegensatz zu den Eisenbahnen anderer Länder in eine besonders bevorzugte Lage bringen. Während die französischen Eisenbahnen 80 Milliarden Franc, die englischen 100 Milliarden Franc und diejenigen der Vereinigten Staaten 875 Millionen Franc zu verzeichnen hätten, blieben für die Reichsbahn in diesem Falle nur 12 Milliarden Franc. Die Vorteile einer derartigen Lage würden sich sofort auf die Gesamtheit der deutschen Industrie auswirken, deren Selbstkostenpreise dementsprechend fallen müßten. Die bevorzugte Stellung der Reichsbahn zusammen mit den verhältnismäßig geringen öffentlichen Schulden, die sich ebenfalls aus der Erreichung der Tribute ergeben würden, müßten für die deutsche Wirtschaft einen für die Weltkonkurrenz folgenschweren Vorteil bedeuten.

der Reichsbahn gegenüber den ausländischen Eisenbahnen zu dem ausgesprochenen Zweck, die Tributpflichtigkeit oder sogar Tributpflichtigkeit der Reichsbahn zur Niederhaltung der deutschen Wirtschaftskonkurrenz nachzuweisen, ist ein Beweis dafür, daß man in Frankreich den Gedanken noch nicht aufgegeben hat, die Hand auf die Deutsche Reichsbahn zu legen. Die Aufrechnung des halbamtlichen französischen Büros geht aber auch jenseits von obigen falschen Voraussetzungen aus. Der Reichsbahn war es nur deshalb eine Zeitlang möglich, die ihr auferlegte jährliche Tributrate auszubringen, weil ein wirtschaftlicher Aufschwung in Deutschland mit Hilfe der ausländischen Anleihen stattfand, mit denen also praktisch die Tribute bezahlt wurden. Nunmehr hat es sich erwiesen, daß infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Rückganges auch die Reichsbahn schwere Einbußen erlitten und in den zwei letzten Jahren sämtliche Reserven aufgebraucht hat und somit gleichfalls in den allgemeinen Niedergang hineingerissen worden ist. Die letzten Monatsausweise sowie die gezielte Feststellung des Verwaltungsrates, daß die Einnahmen gegenüber 1930 um 15,9 v. H. und gegenüber 1929 um 28 v. H. zurückgegangen sind, sprechen eine deutliche Sprache.

Der erneute Hinweis auf die angebliche Besserstellung

In eine spätere Regelung wiederum eine Tributpflicht der Reichsbahn aufzunehmen, würde eine völlige Zerstückelung